



KREISDELEGIERTENKONFERENZ
LÖFFINGEN 24. MÄRZ 2018

TAGESORDNUNG & ANTRÄGE

KREISDELEGIERTENKONFERENZ

LÖFFINGEN 24. MÄRZ 2018

TAGESORDNUNG

1. Begrüßung
2. Konstituierung
3. Antragsberatung
4. Kleiner Input: „Was heißt eigentlich Digitalisierung“
von Joachim Streit
5. Grußwort von Rita Schwarzelühr-Sutter
zur aktuellen Situation im Bundestag
6. Aussprache
7. Berichte
8. Sonstiges

ANTRÄGE

- | | |
|--|----|
| 1. Zeitgemäße Anpassung des Hartz-IV-Systems | 3 |
| 2. Antrag zur Wahl der Delegierten zum Bundesparteitag | 3 |
| 3. Antrag zur Einrichtung eines Kommunikationszentrum im WBH | 4 |
| 4. Regelungen für Waffenexporte in Deutschland und Europa | 5 |
| 5. Sicherung von Stabilität und Angleichung der Lebensverhältnisse in Europa | 5 |
| 6. E-Mobilität: Ladeinfrastruktur in der Fläche | 6 |
| 7. Personalmangel und Mangelwirtschaft in Pflege-/Behinderten- heimen im Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald | 10 |

3 ZEITGEMÄßE ANPASSUNG DES HARTZ-IV-SYSTEMS

4 Antragsteller: SPD Kreisverband Breisgau-Hochschwarzwald
5 Empfänger: Landesparteitag zur Weiterleitung an den Parteivorstand der Bundes-SPD
6 und die Bundestagsfraktion

7 Beschluss: Der Weg in das „Hartz IV“-System hinein muss verlängert und der Ausstieg daraus
8 erleichtert werden. Die zuständigen Gremien der SPD werden aufgefordert, sich selbstkritisch
9 mit "Hartz IV" zu befassen und alles zu tun, um weiterhin bestehende Defizite zu beheben.

10 Dazu muss die Arbeitsmarktpolitik neu aufgestellt werden:

- 11 • Verlängerung der Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes I auf bis zu 36 Monate
- 12 • Deutliche Anhebung des Regelsatzes im ALG II und ein grundsätzlich
13 bedarfsorientiertes Berechnungsmodell

14 1,2 Millionen Menschen müssen neben einer Erwerbsarbeit in Hartz IV aufstocken. Um von der
15 eigenen Arbeit leben zu können muss:

- 16 • Der gesetzliche Mindestlohn ohne Ausnahmen gelten und die Einhaltung wirksam
17 kontrolliert werden
- 18 • Sachgrundlose Befristungen abgeschafft werden
- 19 • Der Missbrauch von Werkverträgen eingedämmt werden
- 20 • Die Förderung von geringfügiger Beschäftigung (Minijobs) beendet werden

21 Begründung: Die konkrete Ausgestaltung der zum 1.1.2005 eingeführten Grundsicherung für
22 Arbeitsuchende ("Hartz-IV") hat in vielfacher Weise (z.B. zu geringe Leistungshöhe,
23 unzulässige Pauschalierung, übertriebene Sanktionen bei gleichzeitig unzulänglicher
24 individueller Betreuung) finanzielle Notlagen herbeigeführt und auch Lebenschancen von
25 Kindern und Jugendlichen beeinträchtigt.

26 Die Jobcenter haben überdies durch eine restriktive und häufig falsche Auslegung der neuen
27 Vorschriften die oben dargestellte Situation verschärft, bei den Betroffenen einen
28 Vertrauensverlust bewirkt und den Eindruck befördert, weder Politik noch Verwaltung wahre
29 ihre berechtigten Interessen.

30 ANTRAG ZUR WAHL DER DELEGIERTEN ZUM BUNDESPARTEITAG

31 Antragsteller: SPD Breisgau-Hochschwarzwald
32 Adressat: Landesparteitag

33 Wir beantragen, dass die Delegierten zum Bundesparteitag zukünftig über einen vorher
34 festzulegenden Schlüssel in den Kreisverbänden im Rahmen einer Mitgliederversammlung oder
35 Kreisdelegiertenkonferenz gewählt werden.

36 Begründung:Derzeit werden die 47 Delegierten für den Bundesparteitag im Rahmen eines
37 Landesparteitags per Listenwahl gewählt. Dies hat bei der letzten Wahl dazu geführt, dass
38 etliche Landkreis gar keine*n Delegierte*n stellen können. Häufig hat es dabei Kreise getroffen,
39 die auch keine Abgeordneten in Land- oder Bundestag mehr haben und somit tatsächlich von
40 der Bundespartei abgeschnitten sind. Andere – meist städtische – Kreise hingegen sind gleich
41 mit mehreren Delegierten auf den Bundesparteitagen vertreten. Ein fester Schlüssel und eine
42 Wahl auf Kreisebene kann diese Ungleichverteilung verhindern.

43 Das derzeitige Verfahren hat zusätzlich den Nachteil, dass viele Delegierte bei mindestens 24
44 abzugebenden Stimmen eine ganze Reihe von Kandidat*innen wählen müssen, die ihnen
45 bestenfalls dem Namen nach bekannt sind. Auch dieses Problem würde bei einer Wahl auf
46 Kreisebene entfallen. Und die Mitglieder vor Ort hätten einen direkten Ansprechpartner für
47 Bundesthemen, an den sie sich persönlich wenden können, was das derzeit häufig
48 vorherrschende Gefühl von „wir hier unten – die da oben“ etwas aufheben könnte.

49 ANTRAG ZUR EINRICHTUNG EINES KOMMUNIKATIONS 50 ZENTRUM IM WBH

51 Antragsteller: SPD Breisgau-Hochschwarzwald

52 Empfänger: Landesparteitag zur Weiterleitung an den Bundesvorstand

53 Wir benutzen oft eine Sprache, die die Menschen nicht verstehen und oft genug wir selbst
54 nicht. Wir reden von subsidiär Schutzberechtigten, wo von Folter und Tod bedrohte Menschen
55 gemeint sind und diskutieren eine Lebensleistungsrente, die genau die Lebensleistung nicht
56 honoriert, sondern eine Billigrente ist. Erik Flügge hat sehr eindrücklich darauf hingewiesen und
57 die Einrichtung eines Kommunikationszentrums gefordert, dass diese kalte Bürokratensprache
58 ausmerzt.

59 Wir beantragen nun die Einrichtung dieses Zentrums und allgemein die Schaffung eines
60 Sprachgebrauchs, der die Dinge beim Namen nennt und die Lebenswirklichkeit der Bürgerinnen
61 und Bürger wiedergibt.

62 **REGELUNGEN FÜR WAFFENEXPORTE IN DEUTSCHLAND UND EUROPA**

63 Antragsteller: SPD Breisgau-Hochschwarzwald

64 Empfänger: Landesparteitag Baden-Württemberg zur Weiterleitung an SPD
65 Bundesvorstand, Bundestagsfraktion und SPD Europafraktion

66 Wir fordern:

- 67 1. Bundesvorstand und Bundestagsfraktion sollen sich dafür einzusetzen, dass
68 Waffenexporte in Krisengebiete auch von Töchtern deutscher Unternehmen im Ausland
69 verboten werden.
- 70 2. Die Entscheidungen über Waffenlieferungen sollen vom Parlament getroffen werden.
- 71 3. Dieses Vorgehen soll auch in der Europäischen Gemeinschaft umgesetzt werden.
- 72 4. Den Aufbau einer europäischen Armee zur Stärkung Europas, mit dem Ziel
73 internationale Einsätze gemeinsam abzustimmen. Gleichzeitig sollen die
74 Militärausgaben für die einzelnen Staaten gesenkt werden.

75 Begründung: Waffenexportverbote werden immer wieder umgangen, indem in anderen
76 Ländern Tochterfirmen gegründet werden oder Zusammenarbeit mit anderen Firmen
77 organisiert werden.

78 Die Ursachen für Flucht sind aber überwiegend Kriege in der Heimat. So kommt es zu
79 Situationen wie in Syrien, wo zwei Kriegsparteien sich mit den gleichen deutschen Waffen
80 bekämpfen.

81 **SICHERUNG VON STABILITÄT UND ANGLEICHUNG DER** 82 **LEBENSVERHÄLTNISSE IN EUROPA**

83 Antragsteller: SPD Breisgau-Hochschwarzwald

84 Empfänger: Landesparteitag Baden-Württemberg, z. Weiterleitung an SPD
85 Bundesvorstand, Bundestagsfraktion und SPD-Europafraktion

86 Wir fordern:

- 87 1. Die europäische Demokratie muss weiter gestärkt werden. Die Rechte des Parlaments
88 müssen im Sinne einer Regierungsbildung gestärkt werden. Auf Dauer ist die
89 Kommission aufzulösen.
- 90 2. Die bessere Anerkennung von Minderheitsinteressen innerhalb der Europäischen Union
91 zu verbessern, um Abspaltungstendenzen wie z. B. in Katalonien zu vermeiden.
- 92 3. Eine einheitliche Außen- und Verteidigungspolitik.

- 93 4. Eine gemeinsame Steuer- und Finanzpolitik, die innerhalb der Union für
94 Chancengleichheit der Regionen und ihrer Infrastruktur sorgt:
- 95 • Mindeststandards für soziale Sicherung und Löhne
 - 96 • Mindestsätze für Einkommens- und Unternehmenssteuern
 - 97 • Einen europäischen Finanzausgleich
- 98 5. Die Aufnahme von Asylsuchenden und Flüchtlingen nach Leistungsfähigkeit der
99 Mitgliedsländer.
- 100 6. Stärkere und schnellere Umsetzung von Sanktionen bei Verstößen gegen die
101 europäische Rechtsordnung,
- 102 7. Europäische Entwicklungshilfe im Sinne von Hilfe zur Selbsthilfe, die direkt bei den
103 Menschen ankommt zur Vermeidung von Fluchtursachen.
- 104 8. Stärkere Bekämpfung von autoritären Systemen und Korruption.

105 Begründung: Die Europäische Union ist seit 70 Jahren ein Garant für den Frieden in Europa, eine
106 in der Geschichte nie dagewesene Tatsache.

107 Deshalb ist gemeinsames Handeln in Europa die Voraussetzung dafür, gegenüber Weltmächten
108 und großen Handels- und Industrienationen be- und geachtet zu werden.

109 Die Kommission in der heutigen Form unterliegt immer dem Zwiespalt zwischen europäischer
110 und nationaler Verantwortung.

111 Die stärkere Beachtung von geschichtlichen Hintergründen einzelner Länder und die Beachtung
112 von Minderheitsinteressen werden zu mehr Vertrauen in Europa führen.

113 Mit den Entscheidungsverlagerungen nach „oben“ muss gleichzeitig über Rückverlagerungen
114 einzelner Zuständigkeiten nach „unten“ nachgedacht werden.

115 E-MOBILITÄT: LADEINFRASTRUKTUR IN DER FLÄCHE

116 *Hinweis: Zwei Anträge an verschiedene Adressaten aber mit gleicher Begründung des Antrags!*

117 Antragsteller: SPD OV Dreisamtal

118 Empfänger: Landesparteitag Baden-Württemberg, Landtagsfraktion und Landesvorstand

119 1. Wir wollen, dass zur Förderung der Elektromobilität die Ladeinfrastruktur in der Fläche
120 zügig ausgebaut wird. Dieser Ausbau muss nach den Bedürfnissen der Nutzer erfolgen
121 und darf nicht durch Eigeninteressen der Energieversorger verzögert werden.

122 2. Die Landtagsfraktion setzt sich dafür ein, dass Baden-Württemberg eine
123 nutzerorientierte Planung für die Errichtung und Optimierung der
124 Ladesäuleninfrastruktur und für die zeitnahe Umsetzung in ganz Baden-Württemberg

- 125 erstellt. Hierfür nimmt sie Kontakt mit der NOW GmbH ([https://www.now-](https://www.now-gmbh.de/de/bundesfoerderung-elektromobilitaet-vor-ort)
126 [gmbh.de/de/bundesfoerderung-elektromobilitaet-vor-ort](https://www.now-gmbh.de/de/bundesfoerderung-elektromobilitaet-vor-ort)), einer bundeseigenen
127 Gesellschaft zur Förderung der E-Mobilität und der nationalen Plattform
128 Elektromobilität auf (<http://nationale-plattform-elektromobilitaet.de>), einem
129 Beratungsgremium der Bundesregierung mit Vertreter aus Industrie, Wissenschaft,
130 Politik, Gewerkschaften und Verbänden.
- 131 3. Um die Installation von Wallboxen in Privathaushalten und bei Arbeitgebern zu
132 forcieren wollen wir zielgerichtete Informationen für diese Zielgruppen und
133 befürworten die Förderung für die Beschaffung von privaten Ladesäulen mit der
134 Ladestärke zwischen 11 und 22 kw mit 500 € pro Haushalt zusätzlich zu anderen
135 bestehenden Bundesprogrammen.
- 136 4. Um die Installation im halböffentlichen Raum (Hotels, Restaurants, Einkaufszentren,
137 Freizeiteinrichtungen) zu forcieren sollen entsprechende Informationen für Ladesäulen
138 zwischen 23 und 49 kw-Ladeleistung erstellt werden und pro Ladeanschluss ein
139 Zuschuss von 750 € gewährt werden.
- 140 5. Im öffentlichen Raum, an zentralen Parkplätzen, in Tiefgaragen, an
141 Verkehrsknotenpunkten und Bahnhöfen sollen durch Gebietskörperschaften
142 Ladesäulen mit 50 bis zu 100 kw-Ladeleistung installiert werden und deren Installation
143 mit 1.000 € je Ladeanschluss durch das Land gefördert werden.
- 144 6. Der Zuschuss für Ladesäulen im halböffentlichen und öffentlichen Raum wird nur
145 gewährt, wenn die Ladesäulen mit einfach zu nutzenden Bezahlmöglichkeiten
146 ausgestattet sind. Die Bezahlung ist immer mindestens über eine der folgenden vier
147 Varianten direkt vor Ort möglich: Entweder ohne Authentifizierung 1. kostenlos oder 2.
148 bargeldbasiert oder aber mit einer Authentifizierung an der Ladesäule bargeldlos über 3.
149 ein kartenbasiertes (z.B. EC- oder Kreditkarte) oder 4. ein webbasiertes
150 Zahlungsverfahren wie eine App.

151 Antragsteller: SPD OV Dreisamtal

152 Adressat: KDK Breisgau-Hochschwarzwald, Kreistagsfraktion

- 153 1. Die SPD Breisgau-Hochschwarzwald setzt sich zur Förderung der Elektromobilität für
154 einen zügigen Ausbau der Ladeinfrastruktur in der Fläche ein. Dieser Ausbau muss nach
155 den Bedürfnissen der Nutzer erfolgen und darf nicht durch Eigeninteressen der
156 Energieversorger verzögert werden.
- 157 2. Die Kreistagsfraktion setzt sich dafür ein, dass der Kreis Breisgau-Hochschwarzwald
158 zeitnah ein Konzept für die Erstellung und Optimierung der Ladesäuleninfrastruktur
159 erstellt und dass dieses Konzept in Zusammenarbeit mit den Kommunen und
160 öffentlichen, halböffentlichen und privaten Anbietern zeitnah umgesetzt wird. Die SPD

- 162 im Kreis nimmt hierzu Kontakt mit der NOW GmbH ([https://www.now-](https://www.now-gmbh.de/de/bundesfoerderung-elektromobilitaet-vor-ort)
163 [gmbh.de/de/bundesfoerderung-elektromobilitaet-vor-ort](https://www.now-gmbh.de/de/bundesfoerderung-elektromobilitaet-vor-ort)), einer bundeseigenen
164 Gesellschaft zur Förderung der E-Mobilität und der nationalen Plattform
165 Elektromobilität auf (<http://nationale-plattform-elektromobilitaet.de>), einem
166 Beratungsgremium der Bundesregierung mit Vertreter aus Industrie, Wissenschaft,
167 Politik, Gewerkschaften und Verbänden.
- 168 3. Um die Installation von Wallboxen in Privathaushalten zu forcieren, sollen zielgerichtete
169 Informationen für diese Zielgruppe erstellt werden und in den Gemeinden und im Kreis
170 gemeinsame Beschaffungsprogramme für 11 bis 22 kw-Ladeeinrichtungen angeboten
171 werden.
- 172 4. Im halböffentlichen Raum (Hotels, Restaurants, Einkaufszentren, Freizeiteinrichtungen
173 und bei Arbeitgebern) sollen entsprechende Maßnahmen für Ladesäulen zwischen 23
174 und 49 kw-Ladeleistung durchgeführt werden.
- 175 5. Im öffentlichen Raum, an zentralen Parkplätzen, in Tiefgaragen, an
176 Verkehrsknotenpunkten und Bahnhöfen sollen Ladesäulen mit zwischen 50 und 100 kw-
177 Ladeleistung installiert werden.
- 178 6. Die Kreistagsfraktion setzt sich dafür ein, dass der Kreis für die Maßnahmen 3-5
179 abgestufte Zuschüsse gewährt. Der Zuschuss für Ladesäulen im halböffentlichen und
180 öffentlichen Raum wird nur gewährt, wenn die Ladesäulen mit einfach zu nutzenden
181 Bezahlungsmöglichkeiten ausgestattet sind. Die Bezahlung ist immer mindestens über eine
182 der folgenden vier Varianten direkt vor Ort möglich: Entweder ohne Authentifizierung 1.
183 kostenlos oder 2. bargeldbasiert oder aber mit einer Authentifizierung an der Ladesäule
184 bargeldlos über 3. ein kartenbasiertes (z.B. EC- oder Kreditkarte) oder 4. ein webbasiertes
185 Zahlungsverfahren wie eine App.
- 186 Begründung: In einigen Gemeinden werden derzeit Elektromobilitätskonzepte erstellt, die
187 meist von Energieversorgern erarbeitet werden sollen. Die Niederspannungsnetze der Energie-
188 versorger (letzte Meile zu den Haushalten) entsprechen häufig nicht dem zukünftigen Bedarf
189 und müssen ausgebaut werden. Dies erfordert Investitionen und schmälert die Gewinne der
190 Energieversorger. Deshalb versuchen die Energieversorger den notwendigen Ausbau der Ladein-
191 frastruktur zu verzögern und diesen Ausbau entsprechend ihren bestehenden Netzen zu
192 planen.
- 193 Nutzer von E-Mobilen haben aber Ansprüche, die nicht den Ausbauwünschen der
194 Energieversorger entsprechen. (So ist es beispielsweise erhellend, dass es dem Autohaus Märtin
195 in Freiburg verwehrt wurde, die gewünschte Anzahl an Ladesäulen beim Neubau des
196 Autohauses zu installieren, weil sonst das das Netz der Badenova optimiert werden müsste.)
- 197 Die Ladesäulen müssen von der Ladeleistung ja nach Ladesäulenanbieter differenziert
198 ausgebaut werden.

199 Bei privaten Haushalten, Pensionen und Hotels kann über Nacht geladen werden, da genügen 11
200 bis 22 kw-Säulen, bei Restaurants, Fitnessstudios usw. sollte die Leistung schon 23 bis 49 kw
201 betragen, da man meist nur 1 bis 2 Stunden beim Essen / Training ist. Öffentliche Säulen an
202 zentralen Parkplätzen und Verkehrsknoten sollten 50 bis zu 100 kw liefern, damit auch in
203 kurzen Zeiten von 30 bis 60 Minuten vernünftige Ladeergebnisse erreicht werden. (Der neue
204 Jaguar i-Pace benötigt 40 Minuten für 80% Batteriefüllung bei 100 kw-Ladesäule,
205 <https://www.jaguar.de/jaguar-modelle/i-pace/electric-vehicles/index.html>). Sinnvoll ist an
206 Parkplätzen eine Mischung verschiedener Ladestärken von 22 kw aufwärts.

207 Entscheidend ist, dass die Ladesäule nicht auf den Einheimischen, der meist bei sich zuhause
208 eine Wallbox installieren kann, ausgerichtet ist, sondern auf den Besucher von außerhalb.
209 Dieser benötigt die Sicherheit, problemlos laden zu können, um wieder nach Hause zu
210 kommen.

211 Und da sind wir beim Bezahlsystem: Energieversorger bietet Säulen, die zum Bezahlen an
212 eigene Verträge oder den Verbund der Stadtwerke angebunden sind (ladenetz.de). Dem hat sich
213 jetzt immerhin auch EnBW angeschlossen, aber trotzdem fehlen noch viele andere, z.B. der ZE-
214 Pass (Anbieter Bosch). Es bleibt dabei: um mit einem E-Mobil durch Deutschland zu kommen,
215 benötigt man derzeit eine Vielzahl verschiedener Karten verschiedener Anbieter. Zum Vergleich:
216 in jedem Tante-Emma-Laden im hintersten Dorf der Republik kann ich mit meiner Bank-
217 GiroCard bezahlen.

218 Das Ladesäulenbezahlsystem ist nutzerfeindlich, keiner würde es akzeptieren, wenn er beim
219 Betanken seines Verbrennungsmotors jeweils eine Kundenkarte von ARAL, Shell, Esso, Bft ...
220 dabei haben müsste.

221 Das Konzept muss also so aufgebaut sein, dass ein einfaches und für jeden nutzbares
222 Bezahlsystem integriert ist.

223 Die SPD sollte erreichen, dass die Konzepte Angebote für die verschiedenen potentiellen
224 Ladesäulen-Anbieter beinhalten, d.h. ein Vorschlag für Hotels, für Restaurants, für
225 Einzelhandelsgeschäfte... und auch für Privathaushalte zum gemeinsamen Einkauf und zur
226 gemeinsamen Installation von Ladesäulen entsprechend dem oben geschilderten jeweiligen
227 Bedarf mit einem einheitlichen Zahlungssystem (nicht bei Privathaushalten, da ist das ja nicht
228 nötig). Und eine entsprechende Information für diese potentiellen Ladesäulen-Anbieter.

229 **PERSONALMANGEL UND MANGELWIRTSCHAFT IN**
230 **PFLEGE-/BEHINDERTENHEIMEN IM LANDKREIS BREISGAU-**
231 **HOCHSCHWARZWALD**

232 Antragsteller: SPD Breisgau-Hochschwarzwald

233 Empfänger: Kreisdelegiertenkonferenz zur Übersendung an die Kreistagsfraktion

234 Die Kreistagsfraktion setzt sich dafür ein, dass im Landkreis die Rahmenbedingungen für die
235 Ausübung des Pflegeberufes verbessert werden. Die Landesförderung von Pflegeheimen muss
236 nicht nur in der Menge gesichert sein, sondern auch in der Qualität. Zudem müssen die
237 Lebenshaltungskosten durch sozialen Wohnungsbau und einen gut ausgebauten ÖPNV
238 reduziert werden, da die Gehälter in der Pflege sonst zu niedrig sind. Der Landkreis ist gefordert
239 durch besondere Bemühungen Fachkräfte in die Region zu locken, indem sie
240 familienfreundliche Wohnquartiere und eine Willkommenskultur a la Breisgau-
241 Hochschwarzwald schafft. Der Landkreis muss dringend handeln und sich beim Land und Bund
242 für die besondere Situation auch durch die Nähe an die Schweiz einsetzen und im Notfall eine
243 Sonderregelung im Vertragswerk verankern.

244 Begründung: Nach §82 Abs. 1 erhalten zugelassene Pflegeheime und Pflegedienste nach
245 Maßgabe des achten Kapitels des SGB XI eine leistungsgerechte Vergütung für die allgemeinen
246 Pflegeleistungen (Pflegevergütung) sowie bei stationärer Pflege ein angemessenes Entgelt für
247 Unterkunft und Verpflegung. In der Pflegevergütung und in den Entgelten für Unterkunft und
248 Verpflegung dürfen keine Aufwendungen berücksichtigt werden die Maßnahmen
249 einschließlich Kapitalkosten, die dazu bestimmt sind, die für den Betrieb der Pflegeeinrichtung
250 notwendigen Gebäude und sonstigen abschreibungsfähigen Anlagegüter herzustellen,
251 anzuschaffen, wiederzubeschaffen, zu ergänzen, instandzuhalten oder instandzusetzen;
252 ausgenommen sind die zum Verbrauch bestimmten Güter (Verbrauchsgüter), die der
253 Pflegevergütung nach zuzuordnen sind, den Erwerb und die Erschließung von Grundstücken,
254 Miete, Pacht, Erbbauzins, Nutzung oder Mitbenutzung von Grundstücken, Gebäuden oder
255 sonstigen Anlagegütern, den Anlauf oder die innerbetriebliche Umstellung von
256 Pflegeeinrichtungen, die Schließung von Pflegeeinrichtungen oder ihre Umstellung auf andere
257 Aufgaben. Werden die Investitionskosten nicht vollständig durch Zuschüsse oder Fördermittel
258 des Landes gedeckt, so dürfen die Pflegeeinrichtungen nach §82 Abs. 3 die Kosten, die nicht
259 gedeckt werden den Pflegebedürftigen berechnen. Im Zuge des demographischen Wandels und
260 einer immer älter werdenden Gesellschaft wird die Notwendigkeit nach weiteren
261 Pflegeeinrichtungen größer. Pflegeeinrichtungen, die nicht nach Landesrecht gefördert werden,
262 können ihre betriebsnotwendigen Investitionsaufwendungen den Pflegebedürftigen ohne
263 Zustimmung gesondert berechnen. Die gesonderte Berechnung ist der zuständigen
264 Landesbehörde lediglich nur mitzuteilen. Im Umkehrschluss bedeutet dies, dass wenn ein
265 Nachfrageüberschuss nach geförderten Pflegeheimplätzen existiert und diese Nachfrage nicht
266 bedient werden kann, so sind Pflegebedürftige und Angehörige gezwungen auch

267 Pflegeheimplätze nachzufragen, die eben nicht durch unterstützende Mittel des Landes gebaut
268 wurden und somit existenzielle Probleme bei der Finanzierung eines Pflegeheimplatzes mit
269 sich bringen. Zudem kommt es hinzu, dass öffentliche Zuschüsse von den vereinbarten
270 Pflegesätzen abzuziehen sind. Diese Maßgabe nach §82 Abs. 4 verschärft die Situation in
271 Pflegeheimen, da noch weniger Mittel für die Refinanzierung des Personals zur Verfügung
272 gestellt werden. Mehr als 70% der Kosten in den Pflegeheimen entsteht zwar bereits jetzt durch
273 Personalkosten, jedoch ist aufgrund der unattraktiven Bezahlung des Pflegepersonals der
274 Fachkräftemangel in unserem Landkreis besonderen Herausforderungen ausgesetzt. Die
275 Lebenshaltungskosten wie Miete, Energie und nachhaltige Ernährung sind schlicht und
276 ergreifend mit den aktuellen Gehältern in der Pflege nicht möglich. Erschwerend hinzu kommt
277 noch, dass nach der abschließenden Beratung am 22.06.2017 im Bundestag eine generalisierte
278 Pflegeausbildung beschlossen wurde. Auszubildende für Pflegeberufe müssen sich von nun an
279 nicht mehr bereits zu Beginn ihrer Ausbildung entscheiden, ob sie im Krankenhaus oder im
280 Altenheim arbeiten möchten. Die Refinanzierung der Personalkosten in Krankenhäusern (SGB
281 V) sind zwar auch nicht zu beneiden, jedoch ist nach aktueller Gesetzeslage diese stabiler als in
282 der Altenhilfe. Zudem wird die Große Koalition durch eine neue Refinanzierung der
283 Personalkosten im Krankenhaus den Fachkräftemangel in der Altenhilfe verschärfen. Die
284 Personalkosten sollen von nun an krankenhaushausindividuell betrachtet werden. Im Übrigen gilt
285 unsere Forderung auch für Behinderteneinrichtungen in unserem Landkreis. Die Bezahlung von
286 Heilerziehungspflegern ist ebenso unattraktiv wie die in der Altenpflege. Die oftmals nach Tarif
287 gezahlten Gehälter sind ebenso unzureichend für die Lebenshaltungskosten. Die angrenzenden
288 größeren Städte wie Freiburg können durch einen guten ÖPNV, Kooperation mit der Kommune
289 und einer zusammengepferchten Bevölkerung bessere Leistungsanreize um das Personal
290 schaffen als bei uns im Landkreis. Letztendlich werden auch hier die Kosten durch die
291 Pflegesatzverhandlungen refinanziert. Des Weiteren sind aussterbende Kommunen und
292 Gemeinden ein nicht unterschätzendes Problem. Es braucht eine starke und handlungsfähige
293 Kommune, um im demografischen Wandel die Politik für ältere Menschen vor Ort wirkungsvoll
294 weiterzuentwickeln und zu gestalten – für passgenaue Dienstleistungsangebote, eine
295 altersgerechte Infrastruktur sowie sonstige Rahmenbedingungen.